

## Der europäische Nord-Süd-Konflikt

### Das Tabu – sind südeuropäische Gesellschaften endgültig dysfunktional?

Der Euro als gemeinsame Währung ist 2010 nach nur 11 Jahren in die Krise geraten, und zwar wegen der klaffenden Unterschiede an Wettbewerbsfähigkeit der nördlichen Mitgliedsländer einerseits, der südlichen Länder und Frankreichs andererseits. Diese Lage führte zu Handelsbilanzdefiziten und entsprechender Verschuldung dieser Länder. Dies wurde eine Zeit lang vernebelt durch die einzige Konvergenz des Euroraums nach seiner Gründung, nämlich den Fall der Zinsen lateinischer Länder, Irlands und Griechenlands auf deutsches Tiefniveau.

Die Politiker der Eurozone wurden zuerst mit dem Schuldenberg und den gefälschten Statistiken Griechenlands konfrontiert, dann mit der Zahlungsunfähigkeit des Rests. Sie reagierten in drei Stufen:

Zuerst leugnete man das grundsätzliche Problem („c'est de la spéculation“, Eurogruppe-Präsident Juncker), dann glaubte man mit eilig gefassten Geldtransfers zur Lösung zu kommen, drittens merkte man, dass es strukturelle Probleme waren und fasste Pläne zu Fiskalunion und Bankunion mit entsprechender Disziplinierung der Schuldner. Dies wirkte im Falle Irlands und seiner Immo-Krise, nicht jedoch für die südlichen Schuldner und Frankreich.

Hier machen wir eine vierte Reaktionsstufe beliebt, dass nämlich die Gesellschaften lateinischer Kultur schwerwiegende Defizienzen gegenüber dem Modell der weltmarktgängigen westlichen und asiatischen Marktgesinnung und moderner, Max-Weberscher Rationalität des öffentlichen Raums aufweisen. Ob dies „endgültig“ bleibt, wie im Titel angedeutet, will lediglich heissen, dass es nicht rasch genug korrigiert werden kann, damit der Euro in seiner heutigen Form gerettet ist, oder damit diese Länder auf dem erreichten Konsumstandard fortgeschrittener Industrieländer verbleiben können.

Da die Stimmrechte in der Fiskalunion und im ESM, sowie in der EZB den überschuldeten Ländern der Eurozone eine Blockierung der Sanierungen und Sanktionen erlauben, ist diese Frage von Bedeutung.

### **Die Dysfunktionalität zeigt sich so:**

- Keine Interessentrennung von Amt und Amtsperson
- Parteien als tribale Strukturen mit feudaler Gefolgschaft und Wohltaten
- Gewerkschaften mit Null-Summendenken anstatt win-win-Denken, dementsprechende Ausgestaltung der Arbeitsmarktregeln
- Miese PISA-Resultate, wenig English- oder IT-Kenntnisse, schlechte Universitäten
- Kleinstfirmen ausserhalb weltweiter Wertschöpfungsketten
- Die Leute dort reisen nicht, kennen die Welt nicht
- Kein Respekt vor schriftlichen Engagements, sondern situative Arrangements („les promesses n’engagent que ceux qui y croient“): Problem der “collective action“ gemäss Public Choice.

Im Detail nun:

### **Amtsinteresse und Amtsperson**

Die Max-Weber’sche Rationalität der Interessentrennung spielt in den lateinischen Ländern und in Griechenland nicht. Seit Jahrzehnten war dies bekannt, seit der Eurokrise werden einige Prozesse angestrengt, welche die ungeheuerlichen Fehlleistungen anzeigen (Berlusconi, Bossi, „appalti“, spanische Minister, Rajoy, und Alcaldes, Regionalregierungen in E und I, Prozesse in Frankreich, früher Craxi-Verfehlungen, in Griechenland nach jeder Wahl Zehntausende von Wahlhelfern verbeamtet etc.). Auch sind die Privilegien und Löhne von politischem Personal im Süden an sich schon viel höher als im Norden.

In Italien regt sich seit einigen Jahren die Kritik an „parentopoli“, der enormen Verwandtschaft unter Professoren der Universitäten Messina, Palermo, Bari, Sapienza-Roma u.a. (Nino Luca, „Parentopoli...“ 2009).

Die modische Regionalisierung mit einer zusätzlichen Regierungs- und Verwaltungsstufe führte in I, E, F zu ausufernden Ausgaben für Projekte und Personen, gemäss Ausgabenkompetenzen, die jedoch nicht durch gleich hohe Einnahmenverantwortung gedeckt sind. Die resultierenden Überschuldungen und Defizite werden durch die Zentralregierungen gedeckt oder garantiert, um die Ratings der Nation insgesamt nicht zu gefährden (I, E, F). Eine Kette der Erpressung läuft von DezaBank, Sizilien und Katalonien nach Paris, Rom und Madrid, von dort nach Berlin, Brüssel und zur EZB.

### **Parteien mit tribaler Struktur**

Die Parteien dieser Länder sind weniger ideologisch verbunden, sondern vielmehr durch personale Verflechtungen, Abhängigkeiten, Finanzierungen. Rivalitäten der leitenden Personen sind an der Tagesordnung und machen oft den Hauptteil der öffentlichen politischen und medialen

nationalen Debatte aus (Renzi-Letta, Alfano-Berlusconi, Copé-Fillon, „courants“ im PS und „Clubs“ bei der Rechten Frankreichs).

Die Aufstellung der Parlamentskandidaten folgt oft dem „parachutage“ aus der Parteizentrale, also einem kooptativen, oligarchischen Moment. Reformparteien sind oft nicht besser – das M5S und seine Abgeordneten erhalten ihre Anweisungen über den Blog Beppo Grillos.

### **Arbeitsmarkt als Nullsummenspiel aufgefasst**

Der Diskurs der Gewerkschaften und auch der Parteien bis weit über die bürgerliche Mitte hinaus geht von einem grossen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit aus. Oft scheint es, nur Schaden für die Firmen sei ein Gewinn für die Arbeiter. Jedenfalls herrscht eine Arbeitskuchenlehre („lumpsum theory of work“) vor, wonach viel Arbeit der einen den anderen die Arbeit wegnimmt. Deshalb „Arbeitsumverteilung“ durch kurze Wochenarbeitszeiten (und massive Verteuerung und Reglementierung der Arbeitskosten), deshalb Kündigungsschutz, sodass niemand einstellt. Arbeitsrechtliche Auseinandersetzungen werden von der Politik aufgegriffen, „gelöst“, oder landen in jahrelangen Prozessen vor Gerichten.

Mit kurzer Wochen-, Jahres-, Lebensarbeitszeit liegt die Quote der Erwerbsbeteiligung der an sich aktiven Jahrgänge weit unter nördlichen Ländern (speziell jener der Schweiz, Norwegens).

Die Globalisierung wird als Bedrohung von aussen aufgefasst, die mit nationaler Abschottung abgewehrt werden soll.

Industriepolitik wird als Aufgabe der Regierungen gesehen, enorme Summen fehlgeleitet, oder private Hersteller konkurrenziert (auch im Wohnungsbau).

Alle diese Politikfelder sind stark pfadabhängig, politischer Korrektheit folgend und können kaum umgedreht werden. Noch ist keine Regierung in diesen Ländern wieder gewählt worden, seit der Eurokrise.

### **Dysfunktionales Bildungssystem**

Die PISA-Resultate dieser Länder sind schlecht, jene Frankreichs auch nicht gut. Funktionaler Alphabetismus ist verbreitet (functional illiteracy, aus Human development Index: Italien drei Mal mehr als D, vier mal mehr als Dk, nämlich 45% der Bevölkerung). Schlecht sind Englisch- und IT-Kenntnisse in diesen Ländern. Gemäss OECD-PISA-Studie über Erwachsene (Okt. 2013) haben Erwachsene mit Sekundarschulniveau in Jap und NL bessere Lese- und Math-Kenntnisse als Universitätsabgänger in I und E. Auch Frankreich steht schlecht da. Alle diese Länder kennen keine Berufslehre im Stile von D, CH, A, Skandinavien.

Gemäss persönlichem Eindruck sind formale Texte Italiens in Zeitungen, Büchern und Gesetzen sehr hochgestochen und elitär, während die TV-Sendungen anspruchslos gehalten sind – ein enormer Zwiespalt.

Gemäss verschiedenen Erhebungen ist die Internet-Nutzung, die PC-Dichte in Schulen überall im Süden deutlich geringer als im Norden und USA.

Die Lehrgewerkschaften sind in allen diesen Ländern sehr stark und militant; sie stellen überall die Speerspitze gegen Reformen jeder Art dar.

### **Kleinstfirmen ohne Weltmarktkompetenz**

Die lateinischen Länder zählen einige Grosskonzerne, grosse Staatskonzerne der Infrastrukturen, aber wenig mittelgrosse oder kleiner Firmen, die exportieren, forschen, innovieren – im Vergleich zu Europas Norden oder manchen Regionen der angelsächsischen Länder, und natürlich neuerdings Asiens. Fehlende IT-Vertrautheit, fehlende Englischkenntnisse, fehlende Auslandsreisen (statistisch belegt...) beschränken den Eintritt in weltweite Wertschöpfungsketten, sei es zum Einkauf oder Verkauf. Ausserdem bestrafen die Arbeitsmarktregeln, die in Kaskaden gemäss Firmengrösse strenger werden, die Expansion von Firmen.

### **Pacta sunt servanda, gelegentlich**

Dies kann nicht mit Statistiken unterlegt werden, wie die bisherigen Punkte, aber eine vielerorts fehlende Vertragstreue ist die Folge aller Punkte. Kapitalismus aber baut strikt auf Vertragstreue, auf Klagbarkeit von Verträgen vor Gerichten und auf Treu und Glauben auf.

Der formal oft hürdenreiche Zugang an Gerichte, ihre Langsamkeit erschweren rechtsstaatliche Verhältnisse und verleiten zu Selbsthilfe oder Klientenverhalten, jedenfalls verstärken sie soziales Gefälle. Die Verrechtlichung ist sehr stark (einer auf 80 Einwohner Palermos, einer auf 100 in Rom und Mailand, einer auf 180 in Turin ist Anwalt).

Im politischen Bereich laufen die meisten Akteure „mit einem Messer im Rücken“ herum, siamo nei paesi di Macchiavelli. Auch diese politische Dysfunktionalität rührt aus allen besprochenen Punkten her, insbesondere natürlich auch dem Charakter der Parteien und innerparteilicher Rivalitäten.

Auf der Ebene des Staates: Die Theorie des Public Choice sieht die „collective action“ und das „rent seeking“ der an sich rationalen einzelnen Pressionen mit ihren Kuhhändeln, Kreuzkompromissen zu Lasten der Staatskasse als Anlass zum Untergang.

Auf der Ebene von Euroland: innert weniger Jahre wurden alle Verträge gebrochen, zugunsten von Augenblicks-„Lösungen“ für den Süden und Frankreichs: EZB-Satzungen, Maastricht-Kriterien, Beihilfe-Verbot im Art. 125 des Lissabonner Vertrags, und zwar auch durch die höchsten Gerichte (EuGH und Bundesverfassungsgericht).

## **Der Schluss**

David Gilmour zeigt in „The Pursuit of Italy“ (Allen Lane, 2011) wie die Integration Süditaliens in den Währungs- und Politverbund des dominierenden (piemontesisch-französischen) Nordens die Verarmung und politische Verharschung brachte. Die Dysfunktionalität steckt also das Funktionalisierende an, nicht umgekehrt. Diese Probleme des „neuen Südens“ innerhalb des ganzen Kontinents diesmal sind nicht innert 20 Jahren zu lösen, sie werden also wie schon gezeigt, den Norden anstecken und den Süden im Würgegriff der Anpassungsleistungen verarmen lassen. In Euroland greift man zwecks Verwedelung beider Trends zu Rechtsbrüchen und zur EZB-Geldschwemme wegen der Staatsfinanz-Probleme des Südens, wie vor einem Jahr von der EZB versprochen, und damit zur allgemeinen Ansteckung des Nordens mit Inflation, Ineffizienz und Fehlallokation der Ressourcen.

Lorenzo Bini Smaghi zählt im neuesten Buch zu Italien („Morire di austerità“, 2013) alle denkbaren „Lösungen“ auf und schliesst jedoch, dass es keine praktikable gibt.

QUED.